Thema: Biodiversität

1. Welche konkreten Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität und zum Erhalt von Lebensräumen will Ihre Partei voranbringen?

Wir stellen im Folgenden die Maßnahmen in verschiedenen Bereichen dar:

Gewässer

- Verbesserung der Phosphatfällung im Klärwerk zur Reduzierung der Einträge in die Eider
- Öffnen verrohrter Gräben und Bachläufe
- natürliche Gestaltung der Regenrückhaltebecken

Öffentliche Grünflächen

- Pflanzung von Straßenbäumen (klimaresistente Arten)
- Anpassung der Pflegemaßnahmen der öffentlichen Grünflächen (z.B. Stehenlassen von Altgrastreifen, Straßenbegleitgrün nur zweimal im Jahr mähen)
- Umwandlung von Grasflächen in Blühwiesen
- Pflanzung von Frühjahrsblühern auf Grünflächen; dementsprechende Anpassung der Pflege
- Aufwertung von Ausgleichsflächen
- Pflegekonzept für alle Grünflächen
- Fortführung des Knickkatasters

Private Grundstücke in künftigen B-Plänen

- keine Schottergärten zulassen
- Festsetzung von Pflanzbindungen

Bodenschutz

 Anpassung von Bauvorhaben an die bestehende Topografie zur Verhinderung von unnötigen Bodenbewegungen

Wald

- kommunaler Wald als Naturwald
- Anbringen von Nisthilfen
- Erhalt von Habitatbäumen

Bildung

• Einrichtung von mehr Naturkindergärten, um die Biodiversität schon von klein auf zu erfahren und zu erleben

2. Welche konkreten Maßnahmen zum Eindämmen von invasiven Pflanzen, die standortheimische Arten beeinträchtigen, will Ihre Partei voranbringen?

Wir werden Initiativen nicht nur bei der Beseitigung von invasiven Pflanzen unterstützen.

Problematisch sind aus unserer Sicht auch die Miniermotte bei der Kastanie (Laub regelmäßig im Herbst entfernen) oder Pilze, die das Eschensterben verursachen.

3. Welche konkreten Maßnahmen werden von Ihrer Partei ergriffen, um der Versiegelung von Flächen im öffentlichen und privaten Raum entgegenzuwirken?

Für die folgenden Maßnahmen haben wir uns bereits in der Vergangenheit (z. B. bei der Festsetzung von B-Plänen) stark gemacht und werden dies auch weiterhin tun:

- wasserdurchlässige Materialien bei Stellplätzen und Auffahrten
- Festlegung eines maximalen Anteils der versiegelten Fläche je Grundstück
- Reduzierung der Stellplatzvorgaben auf privaten Grundstücken

Thema: Energie

1. Welche konkreten Maßnahmen bezüglich der energetischen Sanierung und Versorgung mit den gemeindeeigenen Immobilien erneuerbaren Energien wird Ihre Fraktion in der Gemeindevertretung beantragen?

Die geplanten Maßnahmen für die gemeindeeigenen Immobilien stellen wir im Folgenden dar:

- Erstellung der neuen Schulgebäude im aktuell höchsten energetischen Standard
- neue Heizungsanlage der Schule mit 100% erneuerbaren Energien
- Montage einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Bauhofs
- Nutzung erneuerbarer Energien für die Wärmeversorgung des Rathauses
- Prüfung auf energetische Sanierung für die übrigen öffentlichen Gebäude

2. Welche Rolle sollten energetische Quartierskonzepte bei der kommunalen Energiewende spielen?

Energetische Quartierskonzepte werden in Zukunft eine sehr große Rolle spielen. Für den Bereich Vogelstange wurde der Betreiber des Nahwärmenetzes auf unsere Initiative gebeten, seine Ideen zur zukünftigen Wärmeversorgung des Gebietes mitzuteilen.

Im zukünftigen Baugebiet 50 werden keine Gasleitungen mehr verlegt. Wir haben eine Nahwärmeversorgung angeregt. In kleinen, zusammenhängenden Bereichen wird es diese voraussichtlich geben.

Des Weiteren haben wir bereits beantragt, eine kommunale Wärmeplanung für die Gemeinde Flintbek in Auftrag zu geben.

3. Welche Maßnahmen zur Nutzung von erneuerbaren Energien sollten in Bebauungsplänen festgeschrieben werden?

Im Gebiet des B-Plan 50 wird es eine Pflicht für Photovoltaikanlagen auf Dächern geben. Mit der vor Ort erzeugten Elektrizität können, möglichst in Verbindung mit einem Speicher, Wärmepumpen betrieben werden. Balkonkraftwerke werden erlaubt, sowie auch an Fassaden teilweise Solar- und Photovoltaikanlagen ermöglicht.

Für uns ist es selbstverständlich, dass diese Vorgaben auch für mögliche weitere Baugebiete gelten müssen.

Thema: Klimaschutzkonzept

1. Welche konkreten Maßnahmen denken Sie in Anknüpfung an das bestehende Klimaschutzkonzept voranzubringen, um in Zukunft im Klimaschutz besser aufgestellt zu sein?

Wir werden die Aktualisierung und die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes aus dem Jahr 2013 beantragen. Wichtig dabei sind

- die Überprüfung der damals vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Umsetzung
- die Identifizierung zeitgemäßer Maßnahmen für die Sektoren Wirtschaft, Verkehr, Haushalte und kommunale Gebäude
- die Möglichkeit zur Erfolgskontrolle der Klimaschutzaktivitäten und der damit verbundenen CO2- Reduktion in den verschiedenen Handlungsfeldern
- 2. Was werden Sie bezüglich eines/r Klimaschutzmanager*in, der/die im ausgelaufenen Klimaschutzkonzept als Schlüsselrolle herausgearbeitet wurde, unternehmen? Befürworten Sie die Schaffung einer entsprechenden Stelle für Flintbek?

Da wir ab 1.6. das Amt Eidertal haben, ist die Schaffung einer Stelle nur für Flintbek nicht mehr möglich. Wir werden daher die Schaffung einer entsprechenden Stelle im Amt Eidertal beantragen:

Denn nur ein von einem Klimaschutzmanager begleitetes Klimaschutzkonzept wird aufgrund der vorangegangenen Erfahrungen die notwendigen Klimaschutzaktivitäten in der Umsetzungsphase bis zum Klimaschutzcontrolling leisten können, wie es im Klimaschutzkonzept vorgestellt wurde. Eine wesentliche Aufgabe eines Klimamanagers wird auch der Aufbau eines Netzwerkes und die Nutzung vorhandener Netzwerke sein, wie z. B. die KielRegion (WirtschaftsRegion, MobilitätsRegion, ZukunftsRegion).

Thema: Mobilität

1. Was werden Sie tun, um es der Bevölkerung zu erleichtern, ihr Mobilitätsverhalten zu Gunsten des Rad- und Fußverkehrs in Flintbek zu ändern?

Die folgenden Punkte stehen für uns bei der Stärkung des Rad- und Fußverkehrs im Vordergrund:

- Erarbeitung eines Radwegekonzeptes durch Fachleute
- Ausbau des bestehenden Fußwegenetzes
- Sanierung und bessere Pflege der vorhandenen Fußwege
- Ergänzung durch Fußwegeverbindungen in den neuen Baugebieten

2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden sollen?

Wir beantragen den Beitritt der Gemeinde Flintbek zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten", einem Zusammenschluss von derzeit über 600 Kommunen, mit dem Ziel, die Entscheidungshoheit über verkehrsberuhigende Maßnahmen auf die Gemeindeebene zu verlagern.

3. Wie werden Sie sich konkret für eine Verbesserung des ÖPNV in Flintbek einsetzen?

Wir wollen den ÖPNV stärken, ihn attraktiver und passgenauer gestalten:

- halbstündige Taktung des Regionalexpress
- Einrichtung eines Carsharing Systems (bevorzugt E-Autos) mit mehreren Standorten
- Ergänzung des Ortsbusses durch Anrufsammeltaxen
- Schaffung eines Mobilitätszentrums am Bahnhof mit
 - o sicheren und witterungsgeschützte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
 - o Fahrradservicestation
 - o Angebot von Leihfahrrädern
 - o P&R-Parkplatz
 - o ZOB mit abgestimmtem Umstieg zwischen Bus und Bahn